



INLAND

Michael Fasel, neuer Jägerschaftspräsident, spricht über Wild, Wald und Trophäen.

SEITE 7



SPORT

Liechtenstein geht optimistisch ins heutige Länderspiel gegen Lettland.

SEITE 19



Bücher für Liechtenstein
Feldkircher Strasse 13 · FL-9494 Schaan

Lichter aus für die Earth Hour 2013

Vaduz. – Auch Liechtenstein beteiligt sich dieses Jahr wieder an der weltweiten Klimaaktion «Earth Hour». Diese ruft Städte auf der ganzen Welt dazu auf, morgen zwischen 20.30 und 21.30 Uhr die Lichter ihrer Wahrzeichen zu löschen. Auch Liechtenstein beteiligt sich an der Aktion: So wird zum Beispiel die Beleuchtung des Schlosses Vaduz sowie des Regierungs- und Landtagsgebäudes gelöscht.

SEITE 3

Für das Verborgene ausgezeichnet

Zürich. – Die Homepage des Filmclubs www.filmclub.li hat bei der 13. Vergabe der «Best of Swiss Web Awards» in der Kategorie «Business Efficiency» den ersten Platz erungen. In dieser Kategorie wird beurteilt, inwieweit die eingereichten Projekte für den Investor ökonomisch wirksam sind.

SEITE 9

IGXPO – Die Frühlingsmesse

Schaan. – Am kommenden Wochenende findet in Schaan die zweite Ausgabe der Frühlingsmesse IGXPO statt. Über 40 Aussteller aus Gewerbe und Dienstleistung präsentieren ihre Neuheiten zum Frühlingsbeginn. Auf die Besucher wartet zudem ein spannendes und abwechslungsreiches Rahmenprogramm.

SEITEN 12 BIS 15

Einstimmig für Koalitionsvertrag

Der VU-Parteivorstand hat gestern Abend den mit der FBP ausgehandelten Koalitionsvertrag einstimmig zuhänden des am kommenden Montag in Ruggell stattfindenden Parteitags genehmigt.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Wie VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser vor den knapp 40 Mitgliedern des VU-Parteivorstands gestern Abend im «Löwen» in Vaduz ausführte, konnten sich die beiden Verhandlungsdelegationen am Donnerstagmittag auf den Text des Zusammenarbeitsvertrags einigen. Insgesamt sei 25 Stunden in sieben Gesprächsrunden verhandelt worden. Wie VU-Parteipräsident Jakob Büchel und der designierte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer bestätigten, seien die Koalitionsverhandlungen mit der FBP in einem konstruktiven Rahmen und einem respektvollen Klima verlaufen.

Aufgabenteilung bereits geklärt

Der VU-Parteivorstand und der FBP-Landesvorstand hatten sich bereits an ihren letzten Sitzungen am 7. März über den Zwischenstand der Koalitionsverhandlungen informieren lassen. Damals genehmigten beide Vorstandsorgane die Aufteilung der Ministerien und Geschäftsbereiche.

Der designierte Regierungschef Adrian Hasler (FBP) wird von Gesetzes wegen das Ministerium für Präsidiales und Finanzen übernehmen. Der designierte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (VU) wird das Ministerium für Inneres sowie die Geschäftsbereiche Wirtschaft und Justiz leiten. Das Ministerium für Äusseres und der Geschäftsbereich



Grünes Licht für die grosse Koalition: Der VU-Parteivorstand genehmigte gestern Abend im «Löwen» in Vaduz einstimmig den Koalitionsvertrag.

Bild Elma Korac

Kultur bleiben bei Regierungsrätin Aurelia Frick (FBP). Sie wird sich künftig zudem um den Geschäftsbereich Bildung kümmern. Das Ministerium für Gesellschaft wird von Regierungsrat Mauro Pedrazzini (FBP) geführt werden. Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer (VU) wird das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt sowie den Geschäftsbereich Sport übernehmen.

Regierungsratsstellvertreter nominiert

Als Regierungsrats-Stellvertreter für den designierten Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (VU) wurde gestern Abend vom VU-Parteivorstand Roland Moser zuhänden des Parteitags einstimmig nominiert. Als Regierungsrats-Stellvertreterin für Regierungsrätin Marlies

Amann-Marxer wurde Andrea Klein ebenfalls einstimmig zuhänden des Parteitags nominiert. Roland Moser und Andrea Klein gehörten bereits in den vergangenen vier Jahren als Regierungsrats-Stellvertreter der Regierung an und werden im Sinne der Kontinuität und aufgrund ihrer hervorragenden Arbeit für eine weitere Legislaturperiode dem Parteitag vorgeschlagen.

Inhaltliche Gemeinsamkeiten fixiert

In den Gesprächsrunden seit 7. März ging es um inhaltliche Zielsetzungen, welche die beiden Partner der grossen Koalition gemeinsam verfolgen wollen. Gestern Mittag war es so weit: Die beiden Verhandlungsdelegationen konnten sich auch über die wesentlichen Inhalte eines gemeinsamen Re-

gierungsprogramms einigen. Der von den Verhandlungsdelegationen verabschiedete Vertragsentwurf muss jetzt noch von den entsprechenden partei-internen Gremien absegnet werden. Bei der VU hat nun gestern Abend der Parteivorstand den Koalitionsvertrag gutgeheissen und genehmigt.

Der FBP-Landesvorstand befasst sich mit dem Zusammenarbeitsvertrag heute Abend. Am kommenden Montagabend werden sowohl der VU-Parteitag als auch der FBP-Parteitag über den Koalitionsvertrag befinden. Falls in allen Parteigremien der Koalitionsvertrag gutgeheissen wird, steht der Regierungswahl und dem Start der grossen Koalition am kommenden Mittwochmorgen anlässlich der Landtagsöffnung nichts mehr im Wege.

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-9
Marktplatz	10, 11
IGXPO	12-15
Ausland	16
TV-Programme	17
Boulevard	18
Sport	19-22
Zweirad	23, 25
Auto-Lie	27
Fashion & Beauty	29
Agenda	30
Kultur	31
Wirtschaft	33-35
Die Letzte	36

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



Reform des Namensrechts steht an

Vaduz. – Die Regierung hat den Vernehmlassungsbericht zum Namensrecht verabschiedet. Die Vernehmlassungsfrist endet am 14. Juni. Aufgrund aktueller Entwicklungen in der Schweiz und in Österreich war es an der Zeit, das seit 1993 unveränderte und somit veraltete liechtensteinische Namensrecht weiter zu entwickeln, wie Justizministerin Aurelia Frick an der gestrigen Medienkonferenz sagte. Die Weiterentwicklung erfolge in einer behutsamen Art und Weise. Grundsätzlich soll es weiterhin einen gemeinsamen Familiennamen für Ehegatten geben. Dieser macht nach aussen die Zusammengehörigkeit der Ehegatten und der Familie sichtbar. Neu sollen die Ehegatten aber das Recht erhalten, ihre bisherigen Namen auch nach der Eheschliessung – ohne Doppelnamenbildung – weiterführen zu können.

SEITE 5

Vergabe Casino-Lizenz verzögert sich weiter

Schaan. – Die Casino Admiral AG hat gestern gegen den Entscheid VGH 2012/30a eine Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof erhoben. Dies teilte Stefan Hassler, Verwaltungsratspräsident der CasinoAdmiral AG, mit. «Sie macht die Verletzung von verfassungsmässig gewährleisteten Rechten geltend», heisst es in der Mitteilung weiter. Ausschlaggebend für die Beschwerde sei eine unterschiedliche Rechtsauffassung zum Transparenzgebot. Der VGH war zum Schluss gekommen, dass die vom Amt für Volkswirtschaft durchgeführte Prüfung der beiden Anwärter auf die Casino-Konzession nicht gesetzeskonform gewesen und deshalb ein neuer Anlauf zu starten ist. Damit wurde der Beschwerde der Casino Admiral AG gegen den Regierungsentcheid zwar stattgegeben, doch die Lizenz hat sie nicht wie erhofft direkt erhalten. (red)

Keine Einmischung in Lohnpolitik Privater

Bern. – Der Schweizer Ständerat empfiehlt die Juso-Initiative «1:12 – Für gerechte Löhne» zur Ablehnung. Er schloss sich damit in seiner gestrigen Sitzung mit 26 zu 10 Stimmen dem Nationalrat an. Die Initiative wird dem Volk ohne Gegenvorschlag vorgelegt. Sie verlangt, dass in einem Unternehmen der höchste Lohn das Zwölfwache des tiefsten Lohns nicht überschreiten darf. Die Chefs sollen also in einem Monat nicht mehr verdienen dürfen als die Mitarbeitenden in einem Jahr. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung in den Eidgenössischen Räten. Für die bürgerliche Mehrheit stellt die Initiative einen Angriff auf die Wirtschaftsfreiheit und damit das Erfolgsmodell Schweiz dar. Es stehe dem Staat nicht an, sich in die Lohnpolitik Privater einzumischen. Dieser Entscheid obliege allein den Eignern. (sda)

Zypern zaubert neues Konzept aus dem Hut

Nikosia. – Unter massivem Druck der EU legt Zypern eine Alternative für das gescheiterte Rettungspaket vor. Die politischen Parteien einigten sich gestern auf die Bildung eines Fonds, mit dem die Insel ihren eigenen Beitrag zu internationalen Beistandskrediten leisten will. Der Fonds soll mit Geld aus Rentenkassen und der Kirche sowie anderen Institutionen gebildet werden und zypriotische Staatsanleihen ausgeben. Auch die zypriotische Zentralbank soll mit ihren Goldreserven dazu beitragen.

SEITE 33

